

E-Control

Rudolfsplatz 13a

1010 Wien

Per Mail: recht-post@e-control.at**Public Affairs**

Kontakt: DI Lisa Franziska Gruber

Thomas Klestil Platz 13

1030 Wien

Mobil: +43 (0) 664 6231476

lisa.franziska.gruber@wienenergie.at

Datum: 10. Februar 2026

Stellungnahme der Wien Energie GmbH zur Netzreserve Verordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wien Energie bedankt sich für die Möglichkeit zur Rückmeldung zum Begutachtungsentwurf der Netzreserveverordnung. Im Konkreten möchten wir folgendermaßen zum Entwurf Stellung nehmen:

Pönalregelung

Das Pönalensystem der Netzreserve sieht vor, dass Vertragsstrafen auch für Zeiträume anfallen können, in denen der Netzreservebetreiber kein Entgelt erhält - d.h. während der Toleranzmonate.

Der aktuelle Entwurf der Netzreserve-Verordnung stellt zwar klar, dass bei einer Verkürzung eines saisonalen Netzreservevertrags unter Inanspruchnahme der vorgesehenen **Toleranzbandbreite** die Verpflichtung zur Verfügbarhaltung der Anlage für den ursprünglich vereinbarten Vertragszeitraum fortbesteht, für den Verkürzungszeitraum jedoch kein Entgelt gewährt wird. Entsprechendes gilt für den Fall der **Ruhendstellung**, dass die Anlage unter Entfall des Entgelts weiterhin für Zwecke des Engpassmanagements verfügbar zu halten ist.

Weder der beihilferechtliche Genehmigungsbeschluss der Europäischen Union noch die nationalen Umsetzungsdokumente enthalten jedoch eine sachlich nachvollziehbare Begründung dafür, weshalb für solche **entgeltfreien Zeiträume Vertragsstrafen** auf Basis einer Berechnungsformel verhängt werden sollen, die auf ein Verhältnis zum Tages- bzw. Monatsentgelt der Zeiträume der tatsächlichen Netzreserveerbringung abstellt. Diese systematische Inkonsistenz bedarf einer Klarstellung durch den Ordnungsgeber bzw. die zuständige Regulierungsbehörde.

In der Netzreserve-VO ist daher ausdrücklich festzulegen, dass während der Inanspruchnahme von Toleranzmonaten oder einer Ruhendstellung der Anlage eine differenzierte Pönalregelung zur Anwendung kommt. Diese hat dem in diesem Zeitraum fehlenden Entgelt angemessene Rechnung zu tragen und jedenfalls Aspekte wie eine rechtzeitige Meldung sowie unverschuldete Nichtverfügbarkeiten zu berücksichtigen.

§3 Anzeigepflichten

Die Änderungen zur jährlichen Stilllegungmeldefrist bis zum 31.12., anstelle der bislang üblichen Frist am 30.9. wird mit der Begründung festgelegt, dass es zeitnäher zum Erbringungszeitraum und daher für die Stilllegungsentscheidung von Vorteil sei. Für Betreiber von Anlagen die saisonale Netzreserve anbieten ist der Erbringungszeitraum mit dieser Änderung noch immer über 15 Monate in der Zukunft, wonach ein zeitnaher Erbringungszeitraum nicht gegeben ist. Da die Meldepflichten zudem auf den Jahreswechsel fallen ergibt sich ein beachtlicher Mehraufwand für Betreiber. Wir plädiert daher dafür die Stilllegungmeldefrist beim 30.09 zu belassen.

§4 Jährliche Ausschreibung

(5) Kritisch gesehen wird insbesondere die Verpflichtung, dass Betreiber von als geeignet eingestufter Anlagen zusätzlich auch Angebote für alle anderen definierten Produkte mit kürzerer Laufzeit im selben Angebotszeitraum abgeben müssen, da dies den administrativen Aufwand massiv erhöht und die betriebliche Flexibilität unnötig einschränkt. Bieter eines Jahresprodukts hätten demnach auch ein Sommer-, Winter- + 12 Monatsprodukte anzubieten, was sich für die Betreiber in der Praxis nicht umsetzen lässt – insbesondere, wenn gefordert ist auch bei saisonaler Stilllegung Monatsangebote abgegeben zu müssen. Dies würde gerade bei der Angebotslegung einen massiven Mehraufwand mit sich bringen, ohne positiven Mehrwert zu generieren. Wir empfehlen daher die Änderung dieser Bestimmung iSv:

(5) Danach sind in der zweiten Verfahrensstufe die Betreiber der als geeignet eingestuften Anlagen zur Angebotslegung binnen vierwöchiger Frist aufzufordern. Betreiber der als nicht geeignet eingestuften Anlagen sind über diesen Umstand zu informieren. ~~Betreiber der als geeignet eingestuften Anlagen haben auch Angebote für alle definierten Produkte mit kürzerer Laufzeit als jener des ursprünglich angebotenen Produkts zu legen, die in demselben Angebotszeitraum liegen.~~ Die Toleranzzeiträume für saisonale Netzreserveverträge bleiben dabei unberücksichtigt. Für Stromerzeugungsanlagen sind die Kriterien des § 144 Abs. 4 zu beachten.

§5 Flexibilitätsplattform

Die Bestimmung zur Beschaffung von Netzreserve über die Flexibilitätsplattform gemäß § 142 ElWG, welche Stromerzeugungs- und Verbrauchsanlagen unter 1 MW für maximal 40 MW im ersten Ausschreibungsjahr bindet wird begrüßt. Diese Bestimmung zeigt das Bemühen zusätzliche Mengen für die Netzreserve zugänglich zu machen, dies jedoch durch die Begrenzung zuerst in einer Lernphase zu erproben.

§6 Stilllegungsverbot

(1) Die Erweiterung der Auslösekriterien für Stilllegungsverbote (u.a. unzureichende Deckung, zu geringe Bieterzahl, pivotal bids, indiziert fehlender Wettbewerb) wird kritisch gesehen. Der bisherige Zwischenschritt, wonach kostenbasierte Verträge mit Anbietern abgeschlossen werden konnten, die an der Ausschreibung teilgenommen, aber keinen Zuschlag erhalten haben, entfällt. Geeignete Anlagen kommen nunmehr direkt für ein Stilllegungsverbot in Frage. Außerdem kann künftig ein Stilllegungsverbot auch ohne vorherige Ausschreibung ausgesprochen werden, wenn erkennbar ist, dass es keinen ausreichenden Gebotswettbewerb geben wird.

(2) Die Ausnahme der Anerkennungsfähigkeit des Wertverbrauch aus Alterung/Abnutzung während des Stilllegungsverbots entspricht nicht den realen Kostenfaktoren, diese sind im Falle eines Stilllegungsverbotes daher unbedingt anzuerkennen.

Mit freundlichen Grüßen

DI Lisa Franziska Gruber

Wien Energie GmbH